Nr.4 | September 2011

Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

grün.

Liste 8
Grüne Kanton Bern wählen!

Was in der Gemeinde funktioniert, ist auch im Bundeshaus gefragt: Eine bürgernahe Politik. Regula Rytz, Gemeinderätin Grünes Bündnis

stand.
Franziska Teuscher:
Echt Grün. Echt stark.

mittel.
Mehr Grüne in Bundesbern!

aktions.
Zwei auf einen Streich:
Jetzt unterschreiben!

Die Grünen sind erfolgreich

Die verflossenen vier Jahre haben es gezeigt: Grüne Ideen und Ideale finden im Parlament und in der Bevölkerung eine immer breitere Zustimmung. Wir haben in vielen Kantonen WählerInnen dazu gewonnen, im nationalen Parlament konnten wir uns als starke Kraft positionieren.

Franziska Teuscher ist GB-Nationalrätin, Vizepräsidentin Grüne Schweiz, Zentralpräsidentin des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS), Verwaltungsrätin von Energie Wasser Bern (ewb) und Mitglied der Frauenkommission von Unia und SGB. www.franziskateuscher.ch

Mit dem Entscheid von Bundesrat und Nationalrat, künftig auf neue Atomkraftwerke (AKW) zu verzichten, ist ein Kernanliegen Grüner Politik in der politischen Mitte angekommen. Wir Grüne haben die Energiewende angestossen – darauf dürfen wir stolz sein. Ein weiterer Höhepunkt der Legislatur war für mich die Einreichung der Klimainitiative, welche dem Parlament bei der Ausarbeitung eines neuen nationalen Klimagesetzes Beine gemacht hat. Auch die Verlängerung des Moratoriums für eine gentechfreie Landwirtschaft bis 2013 dürfen wir als Grünen Erfolg verbuchen.

Wir Grüne haben aber auch wirtschafts- und sozialpolitische Akzente setzen können. Mit der Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft zeigen wir den Weg, wie wir von der heutigen Wegwerfwirtschaft zur zukunftsfähigen Kreislaufwirtschaft kommen. Sozialpolitisch waren vor allem das Nein zum «Rentenklau» und die Verhinderung der unsozialen 11. AHV-Revision wichtig. Die Wahl von Maya Graf zur zweiten Vizepräsidentin des Nationalrates gehörte für mich zu den schönsten Momenten. Sie wird somit als erste Grüne voraussichtlich 2013 höchste Schweizerin.

Diese erfolgreiche Politik wollen wir fortsetzen: Der Atomausstieg muss konkretisiert und verbindlich realisiert werden. Bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen stehen harte Verhandlungen an. Als VCS-Präsidentin bin ich stolz, dass wir mit unserer Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» den Weg bereits vorgespurt haben.

Nicht zu vergessen: Grüne Politik ist auch globale Politik. Die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit müssen auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes gemäss den UNO-Millenniumszielen erhöht werden. Ich werde alles geben, damit wir auch in Zukunft «Echt Grün. Echt stark.» bleiben.

Franziska Teuscher, GB-Nationalrätin

Jetzt unterschreiben!

Zwei Grüne Initiativen auf einen Streich
Die Initiativen für eine Grüne Wirtschaft und die Atomausstiegsinitiative ergänzen sich ideal. Bitte unterschreiben Sie beide auf beiliegendem Bogen:

Grüne Wirtschaft
● Die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» fordert, dass der Bund umfassende Legislaturziele und Massnahmen zum Schutz der natürlichen Ressourcen und des Klimas festlegt. Bis ins Jahr 2050 soll der ökologische Fussabdruck der Schweiz nur noch eine Welt betragen, damit sich die verbrauchten Ressourcen laufend erneuern können.

Atomausstiegsinitiative
● Der Atomausstieg ist noch längst nicht realisiert. Die (Atom-)Wirtschaft hat bereits eine neue AKW-Kampagne vorbereitet, um bestehende AKW unbefristet betreiben und weitere Anlagen bauen zu können. Erst die «Initiative für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» erreicht, dass die AKW nach 45 Betriebsjahren endgültig abgeschaltet werden.

Corinne Schärer ist GB-Grossrätin, Gewerkschaftssekretärin Unia, Lehrerin, Präsidentin Verein Berner Tagesschulen, Mitglied Vorstand VCS, WWF, Berufsbildungsrat, vpod, lebe, fraw, Beirat Gesundheit BFH und YB-Fan.

«Zukunft schaffen – Gute Bildung, faire Arbeitsbedingungen und eine lebenswerte Umwelt: Ich bleibe dran.»

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft

Eine gute Schul- und Berufsausbildung ist der Schlüssel zu Berufschancen und Lebensperspektiven. Gerade für junge Menschen ist es elementar, dass sie nach der Volksschule einen Mittelschul- oder Berufsschulabschluss machen können.

In den letzten Jahren konnte die Abschlussquote in der Schweiz auf 92 Prozent gesteigert werden – dies dank dem beharrlichen Engagement der Gewerkschaften und der rot-grünen Parteien für zusätzliche Lehrstellen und Brückenangebote. Das ist gut, aber noch nicht ausreichend. Ziel muss sein, allen jungen Menschen den Anschluss an das Berufsleben zu ermöglichen.

Ausgerechnet hier will der Kanton Bern nun sparen. Das ist pures Gift – denn nur mit einem gut ausgebauten Bildungswesen können wir die dringend benötigten Fachkräfte gewinnen und die Wirtschaft ankurbeln. Laut einer aktuellen Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH steckt in den Schweizer Firmen ein grosses Potential für den ökologischen Umbau. Fast ein Viertel zählt heute schon zum Cleantech-Bereich. Mit Investitionen in die Entwicklung von Grünen Technologien und in die Ausbildung von Fachkräften in Umweltberufen können wir die Weichen gleich zweimal richtig stellen – für die Zukunft unserer Wirtschaft und für eine lebenswerte Umwelt. Darum hat der Bund entsprechende Forschungs- und Ausbildungsmassnahmen in Aussicht gestellt. Und mit dem geplanten neuen Weiterbildungsgesetz kann die Weiterbildung in den Betrieben wirksam gefördert werden, damit die Angestellten und die Wirtschaft den anstehenden Herausforderungen gewachsen sind. Mit einer starken rot-grünen Vertretung im Nationalrat sorgen wir dafür, dass alle diese Massnahmen nicht leere Versprechen bleiben.

Corinne Schärer, GB-Grossrätin

Urs Frieden ist GB-Stadtrat, war Stadtratspräsident 2010, ist Kommunikationsberater, Präsident Gemeinsam gegen Rassismus/HalbZeit, Mitglied im Vorstand Fanarbeit Bern und im Vorstand Läbigi Stadt.

«Kreativität statt Zoff! Ich stehe ein für Sport ohne Gewalt und Rassismus.»

Achtung vor KKJPD-Kampagne!

Seit Monaten werden Fussball-Fans in der politischen Diskussion instrumentalisiert. Was bezwecken Polizeikreise mit der von den Medien mitgetragenen Schwarzmalerei?

Obwohl 99 Prozent der Fans friedlich sind und sich vielerorts – besonders in Bern – gegen Gewalt und Rassismus engagieren, wird in verschiedenen Medien ausschliesslich ein gewalttätiges Bild gezeichnet.

Hinter der beispiellosen Kampagne steht die Konferenz der kantonalen Justiz- und PolizeidirektorInnen (KKJPD). Deren Präsidentin, die St.Galler Regierungsrätin und Ständeratskandidatin Karin Keller-Sutter, und ihre Gefolgsleute verfolgen mit dieser Pauschalisierung vier Ziele: Mehr Mittel und Personal für lokale und kantonale Polizeieinheiten; Lancierung neuer, schärferer Gesetze; Schaffung einer nationalen Eingreiftruppe und das Primat der Polizei im Event-Bereich. Letzteres manifestiert sich in den auch vom Stadtberner Polizeidirektor Reto Nause geäusserten Absichten, Spiele in Eigenregie abzusagen oder zu unterbrechen.

Die Debatte hat sich aus Gründen der Themenkonjunktur zwar in den Sport verlagert, kann aber jederzeit in andere Bereiche zurückkehren. So wird zum Beispiel die Forderung nach Übernahme der Sicherheitskosten durch Fussballvereine bei nächster Gelegenheit auch in der Diskussion um politische Demonstrationen oder Feste auftauchen. Beim Internetpranger, der polizeilichen Publikation von Fahndungsbildern im Web, auch bei Verdacht auf harmlose Vergehen, ist dieser Weg schon beschritten: vom Fussball-Cupfinal (Bern, 2009) zur 1.Mai-Demo (Zürich, 2011).

Deshalb gilt es auch für Nicht-Sport-Interessierte, diese Kampagne gegen alle Fans nicht zu unterschätzen.

Urs Frieden, GB-Stadtrat

aktions.

● **Sa, 8. Oktober / 22. Oktober, Bern**
Atomausstieg dank Grüner Wirtschaft! In verschiedenen Berner Quartieren finden Unterschriftensammelaktionen für die beiden Grünen Initiativen statt. Wer hilft mit? Freiwillige melden sich bitte unter: info@gbbern.ch

ATOMKRAFT? NEIN DANKE

Für mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit

GB-Erfolge

Stadt Bern

- JA zum Atomausstieg dank der Initiative «EnergieWende-Bern», Investitionen in erneuerbare Energien, Solar-Offensive, Gebäudesanierungsprogramm für Private, Bern auf dem Weg zur «2000-Watt-Gesellschaft».
- Ausbau Kindertagesstätten und Tagesschulen.
- Tramrenaissance (Tram Bern West realisiert, Tram Region Bern in Planung), Ausbau Fuss- und Veloverkehr, erfolgreicher autofreier Sonntag.
- Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.
- Aktionsplan zur Gleichstellung, Verbot sexistischer und rassistischer Plakate, Beitritt zur europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus.
- Vielfältiges Kulturangebot, Erhalt der Reitschule, Fanprojekte im Sport.

Kanton Bern

- Grüne Volksinitiative «Bern Erneuerbar», breite Koalition für den Ausstieg aus dem AKW Mühleberg, modernes Energiegesetz.
- Flächendeckende Tagesschulen im ganzen Kanton, integrative Schulmodelle, Weiterbildungsoffensive für IngenieurInnen.
- Widerstand gegen Sozialabbaupolitik, Initiative für die Abschaffung der ungerechten Pauschalbesteuerung, Massnahmen gegen Familienarmut, Lohngleichheit in der Verwaltung, erster Kanton im nationalen Lohngleichheitsdialog.
- Nachhaltige Wohnbaupolitik, gute öffentliche Spitalversorgung und gegen Lohnexzesse in Privatspitälern, Stärkung der Hauptstadtregion Bern.

Zwei profilierte Grüne aus der Hauptstadtregion Bern wollen die Bundespolitik mitgestalten.

● Blaise Kropf, warum braucht es mehr Grüne in Bundesbern?

Blaise Kropf: Der Umweltbericht des Bundes bringt es an den Tag: Die Schweiz kommt beim Umweltschutz nicht voran. Für Kurskorrekturen braucht es mehr Grüne im Nationalrat. Denn die Grünen sind die einzigen, welche sich ohne Wenn und Aber für den Umweltschutz einsetzen. Grüne Politik bedeutet zudem immer auch soziale Lösungen. Eine grössere Grüne Bundeshausfraktion bringt den nötigen Rückhalt für soziale Weichenstellungen wie die Weiterentwicklung der Sozialwerke oder die Eindämmung der Lohnexzesse.

● Regula Rytz, was ist deine persönliche Motivation, für den Nationalrat zu kandidieren?

Regula Rytz: Als Gemeinderätin kann ich mit der Bevölkerung zusammen den Alltag in der Stadt Bern gestalten. Das ist anregend und konkret. In vielen Fragen stossen wir aber an Grenzen. Die wichtigen Entscheide werden auf nationaler Ebene gefällt und hier ist zur Zeit vieles blockiert. Ich traue mir zu, verhärtete Fronten aufzulösen und die Grünen als kompetente und verlässliche Kraft zu stärken.

● Als Gemeinderätin kämpfst du in Bern für den öffentlichen Verkehr. Braucht die Schweiz mehr Bahn, Bus und Tram?

Rytz: Ja. In der Region Bern ist für die nächsten 20 Jahre ein Wachstum von 25 Prozent beim motorisierten Individualverkehr und 60 Prozent beim öffentlichen Verkehr prognostiziert. Das kann nur mit dem Ausbau des öffentlichen sowie des Fuss- und Veloverkehrs verdaut werden. Für die städtischen Hauptverkehrsachsen ist das Tram das effizienteste Verkehrsmittel, anderswo sind es Bahn und Bus. Das richtige Verkehrsmittel am richtigen Ort, so heisst das Zauberwort. Zudem: Simples Wachstum bringt uns nicht vorwärts. Wir brauchen ein neues Verhältnis zur Mobilität. Warum am Wochenende in die Ferne schweifen, wenn es in Bern so schön ist?

● Was ist das Geheimrezept, dass der motorisierte Individualverkehr in der Stadt Bern sinkt?

Rytz: Die Reduktion ist nur mit einem Mix von Massnahmen möglich geworden: Gezielte Verkehrslenkung und -dosierung, Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Förderung des Fuss- und Veloverkehrs. Trotz aller Fortschritte: Noch immer leiden viele StadtbewohnerInnen – vor allem Kinder – unter der täglichen Blechlawine. Wir sind also noch nicht am Ziel und machen weiter.

Regula Rytz, GB-Gemeinderätin der Stadt Bern / Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün und Blaise Kropf, GB-Grossrat und Präsident der Grünen Kanton, Gewerkschaftssekretär vpod

● Als profilierter Finanzpolitiker kritisierst du, Blaise Kropf, die Sparpläne des Kantons. Wieso?

Kropf: 93 Prozent der vorgeschlagenen Sparmassnahmen gehen drauf, um Steuersenkungen zu finanzieren! Angesichts der finanziellen Herausforderungen, mit denen die öffentliche Hand konfrontiert ist, können wir uns solch einseitige Steuergeschenke nicht leisten. Unter dieser Politik der leeren Kassen leiden nicht nur soziale Angebote, sondern auch der ökologische Umbau.

● Und wohl auch die nachhaltige Personalpolitik, die dir als Gewerkschafter am Herzen liegt?

Kropf: Die kantonale Personalpolitik war in den letzten 20 Jahren tatsächlich alles andere als nachhaltig. Mit Kürzungen beim Lohnaufstieg hat der Kanton 3,6 Milliarden Franken eingespart. Die Folge davon ist, dass es heute immer schwieriger wird, das nötige Fachpersonal zu finden, gerade im Gesundheits- und Sozialbereich.

● Du hast dich prominent für die Initiative gegen die Pauschalbesteuerung engagiert. Wieso?

Kropf: Die Pauschalbesteuerung ist eine krasse Privilegierung eines kleinen Personenkreises. Dort, wo viele Pauschalbesteuerte leben, explodieren die Bodenpreise und die Mieten. Dank unserer Initiative können BernerInnen dieser ungerechten Steuerpraxis bald ein Ende setzen.

● Die neue Wirtschaftsstrategie des Kantons setzt auf «Cleantech». Ist das sinnvoll?

Kropf: Klar. Dank Unternehmungen wie Meyer Burger oder Jenni Engineering verfügt Bern bereits heute über eine starke Stellung. Nun gilt es, Bern in Sachen Photovoltaik zum Vorzeigekanton zu machen. So wie Bayern in Deutschland, wo sechs Prozent des Stromverbrauchs photovoltaisch erzeugt werden.

Rytz: Und wir müssen dafür sorgen, dass der Atomausstieg gelingt. Heute sind auch bürgerliche Parteien gegen neue AKW. Doch ich traue ihnen nicht. Umso wichtiger ist die Grüne Initiative für den Atomausstieg und eine Stärkung der Grünen bei den Wahlen.

● Stichwort Mindestlöhne?

Rytz: Anstatt darüber zu klagen, dass immer mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, sollte man mit einem Mindestlohn dafür sorgen, dass alle von ihrer Arbeit leben können.

● Und was denkt ihr über Frauenquoten in der Wirtschaft?

Kropf: Der Frauenanteil auf der Chefetage ist in der Schweiz beschämend tief. Frauenquoten sind ein Ansatz, um dies zu ändern.

Rytz: Interessanterweise ist der Frauenanteil in Führungsgremien dort am tiefsten, wo in den letzten Jahren gepfuscht wurde: In der Banken- und Finanzbranche. Ich bin überzeugt, dass eine Frauenquote mehr Weitsicht in die Chefetagen bringen würde.

● Ausblick: Das erste Anliegen als neugewählte Nationalrätin bzw. Nationalrat?

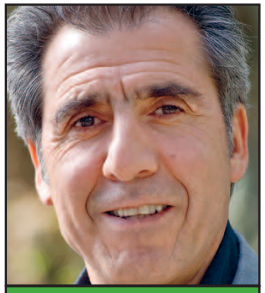
Kropf: Wirksame Massnahmen gegen die fortschreitende Zersiedelung.

Rytz: Die langfristige Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

Interview: Natalie Imboden, GB-Präsidentin

aktions.

● Do, 22. September, 20.00 Uhr, WWF Bildungszentrum BollWerkStadt, Bern (1. Stock)
Wie gestalten wir den Weg in eine atomstromfreie Zukunft? Das Grüne Bündnis lädt zu einer Podiumsdiskussion ein – u.a. mit Urs Muntwyler und Blaise Kropf. Informationen unter: www.gbbern.ch



Hasim Sancar ist GB-Stadtrat, Co-Präs. GB/JA!-Fraktion, Präs. Aufsichtskommission, Del. Gewerkschaftsbund Bern & Umgebung, Leiter Beratungsstelle Pro Infirmis Bern-Stadt, Mitglied Vorstand Grüne Schweiz, Vorstand Förderverein Reitschule, Behindertenkonferenz Stadt & Umgebung Bern, vpod und AvenirSocial.
«Für soziale Sicherheit: Ausgebaute Sozialwerke, Grundrechte für alle und eine offene Migrationspolitik.»

Migration als Chance

Soziale Gerechtigkeit baut auf den Vorteilen der Migration und durchbricht gleichzeitig die Grenze zwischen Eigen und Fremd: zugunsten einer offenen Gesellschaft, von und für alle.

Migrationsprozesse sind komplex, was sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Zugewanderten stark fordert. Jede Migrationspolitik wirkt direkt auf unseren Alltag, darum ist Sorgfalt geboten. Migration kann und soll als Chance wahrgenommen werden. Das gelingt aber nur, wenn die Aufnahmegesellschaft Partizipation ermöglicht, Räume öffnet und sich verabschiedet vom nationalistischen Verständnis von Eigen und Fremd. Zugewanderte sollen sich an der gesellschaftlichen Entwicklung beteiligen können.

Die Geschichte hat uns gezeigt, wohin Hass-Politik und Fremdenfeindlichkeit führen, aktuelle Ereignisse wie in Norwegen sind deutliche Alarmzeichen. Der soziale Zusammenhalt leidet, wenn Ausgrenzung salonfähig und Solidarität verunglimpft wird.

In Zeiten der Globalisierung, in denen die Mobilität steigt und transnationale Netze sich verdichten, muss Integration neu definiert werden: Nicht die Nationalität, sondern die «Citoyenneté» ist in der postmodernen Gesellschaft zentral. Gemeint sind die BewohnerInnen eines Staates, die mit gleichen Rechten und Pflichten ihr Umfeld gestalten – unabhängig davon, ob sie eingewandert sind oder nicht.

Dafür braucht es soziale Gerechtigkeit, die eine integrative und soziale Bildungspolitik, allgemeine Gleichbehandlung, bedarfsorientierte Sozialwerke, Grundrechte und deren rechtsstaatliche Verwendung sicherstellt. Soziale Gerechtigkeit öffnet die Gesellschaft und gibt so der Migration die Chance, die ihr gebührt.

Hasim Sancar, GB-Stadtrat,
Co-Präsident der GB/JA!-Fraktion

aktions.

Sa, 1. Oktober, 14.30 Uhr, Schützenmatte, Bern
Schluss mit der Heuchelei: Rechte für Sans-Papiers, Regularisierung jetzt! Demo und Festival. Informationen unter: www.sanspapiers-bewegung.ch

kein mensch ist illegal

Aline Trede ist GB-Stadträtin, Umweltwissenschafterin ETH, Kampagnenleiterin VCS, Vizepräs. Grüne Schweiz, Präsidentin Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge und DOK (Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern) und CO-Präsidentin Flusswelle Bern.
«Strassen und Plätze sind für alle da! Ich kämpfe für eine umwelt- und menschenfreundliche Mobilität.»

Beschwerde gutgeheissen – Abstimmung wird wiederholt

Der Krimi um die Abstimmung über die Ecotax-Vorlage des Grossen Rates und den gegenübergestellten Volksvorschlag vom Februar 2011 geht weiter.

Sowohl die Ecotax-Vorlage als auch der Volksvorschlag wollten Autofahrer steuerlich entlasten; die Ecotax-Variante sah aber eine zusätzliche Belastung für Offroadfahrzeuge vor. Beide Vorlagen wurden angenommen. Obwohl die Ecotax bei der Stimmbevölkerung mehr Anklang fand, wurde in der Stichfrage dem Volksvorschlag zugestimmt, da 20'000 Leute bei der Stichfrage gar kein Kreuzchen gemacht hatten!

Aufgrund des hauchdünnen Resultates mit nur 363 Stimmen Unterschied in der Stichfrage haben die Jungen Grünen Bern eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht: Ein Abstimmungsergebnis, das für den Kanton Bern Ausfälle von über 100 Millionen Franken zur Folge hat, darf kein Zufallsergebnis sein!

Das Verwaltungsgericht hiess die Beschwerde gut: Doch als die Staatskanzlei die Stimmzettel für die verordnete Nachzählung anforderte, stellte sie fest, dass diese in 30 Gemeinden fehlten – sie waren einfach weggeworfen worden und ein korrektes Nachzählen somit unmöglich. Nach diesem staatspolitischen Skandal hat der Regierungsrat nun entschieden, die Abstimmung im März 2012 zu wiederholen, um ein juristisch und demokratisch richtiges Resultat zu ermitteln. Die Vertreter des Volksvorschlages haben sofort mit Widerstand gedroht und wollen die Wiederholung der Abstimmung anfechten – sollen sie nur!

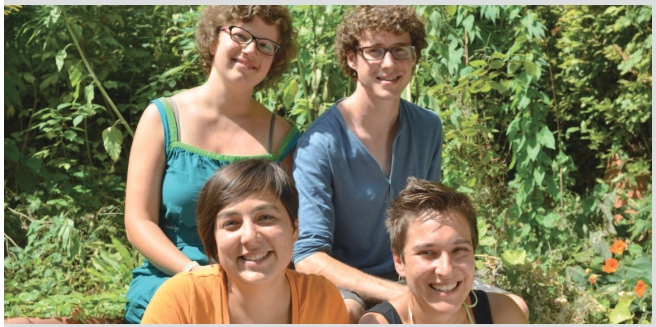
Solange der Volksvorschlag zur Motorfahrzeugsteuer nicht in Kraft ist, bleiben dem Kanton jährlich 100 Millionen Franken erhalten. Die Jungen Grünen und das Grüne Bündnis sind bereit für die Abstimmungskampagne!

Aline Trede, GB-Stadträtin

Für uns ist Grün nicht nur ein Modewort

26 junge Frauen und Männer zwischen 18 und 30 Jahren stehen auf der Liste 9 / Grüne: Junge Grüne und Junge Alternative JA! zur Wahl. Sie wollen Geschichte schreiben...

...die Geschichte der freien Bildung
Auf jungen Menschen vor, während und nach ihrer Ausbildung lastet ein enormer Druck: Neben der prekären Lehrstellensituation verschärfen auch der Konsumzwang der Wirtschaft und die Gewissheit, dass die sozialen Netze für Jugendliche immer löchriger werden, die missliche Lage. Gleichzeitig ist der offene, gerechte Zugang zu Bildung für viele Junge keine Selbstverständlichkeit. Hohe Gebühren, verschulte Studiengänge und teurer Wohnraum verbauen manchen die Chancen, sich aus- oder weiterzubilden. Darüber hinaus führen heute weder eine Berufsausbildung noch ein Hochschulabschluss zwingend zu wirtschaftlicher Sicherheit: Der Gang zum RAV ist für viele Junge unausweichlich.



Milena Geiser und Niccolò Galatioto (beide Junge Grüne; hinten) Lea Bill und Rahel Ruch (beide Junge Alternative JA!)

Deshalb engagieren wir uns für Bildung für alle und ein Sozialsystem, welches Jugendliche fördert statt abstraft. Konkret bedeutet das die Abschaffung der Studiengebühren, die Harmonisierung des Stipendienwesens, die Impflichtnahme der Wirtschaftsbetriebe bei der Erhöhung des Lehrstellenangebots, subventionierter Wohnraum und günstiger öffentlicher Verkehr für Auszubildende und Menschen mit niedrigem Einkommen.

...die Geschichte einer solidarischen Gesellschaft
MigrantInnen werden in unserer Gesellschaft stigmatisiert und ausgegrenzt. Die immer weiteren Verschärfungen in Asyl- und Ausländergesetzen sind menschenfeindlich und rassistisch. Während Schweizer Konzerne aus Krieg und Zerstörung im Süden ihren Profit schlagen, werden die Leidtragenden dieser Konflikte hier abgewiesen. MigrantInnen, die in der Schweiz leben, arbeiten, bezahlen Steuern – werden aber im Arbeitsmarkt diskriminiert und von der direkten Demokratie ausgeschlossen. Uns machen nicht die MigrantInnen Angst, uns macht diese Politik der Ausgrenzung Angst. Wir wollen offene Grenzen, ein Bleiberecht für alle, Rechtsgleichheit und das Stimmrecht für AusländerInnen. Dazu gehört auch eine andere Aussen(wirtschafts)politik: Die Schweiz soll zivile Friedensförderung betreiben, ihre Entwicklungszusammenarbeit verbessern und ausweiten, Kriegsmaterial-Exporte verbieten und sich für fairen Handel statt Freihandel einsetzen.

...die Geschichte der Energiewende
Wir Jungen werden die Folgen des Raubbaus an der Natur, des Klimawandels und des Abfallproblems der Atomindustrie tragen. Die Schweiz ist in der Atomfalle – die Förderung und Erforschung erneuerbarer Energien steckt in den Kinderschuhen. Zudem ist der CO_2-Ausstoss pro Kopf in der Schweiz einer der höchsten weltweit. Die Schweiz und die Welt müssen sich endlich von gefährlichen Technologien und Energieressourcen verabschieden, die das Klima schädigen und weltweit für Kriege und Ungerechtigkeit sorgen!

Für uns ist Grün nicht nur ein Modewort. Wir fordern deshalb den sofortigen Atomausstieg, die grossflächige Förderung und Nutzung von erneuerbaren Energien, eine dezentrale Energieproduktion, Anreize und Vorschriften zum Energiesparen sowie die Sicherstellung von energieeffizienten Produktions- und Bauweisen. Wir wollen lokale Strukturen fördern, die Mobilität vermindern und mittels kluger Raumplanung zwar die Zersiedelung stoppen aber auch den Bau von erschwinglichen Wohnungen begünstigen.

Rahel Ruch, JA!-Stadträtin

aktions.

Junge fördern – Junge wählen
Am 23. Oktober Liste 9 / Grüne: Junge Grüne und Junge Alternative JA! unverändert in die Urne werfen. Informationen unter: www.jungealternative.ch, www.jungegruene.ch, www.jungegruenebern.ch

Grünes Bündnis grün.
AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 6411, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Wählt Grün!

Die Grünen, Liste 8, sind das ökologische Original im Kanton Bern. Auf unserer Nationalratsliste treten 14 Kandidatinnen und 12 Kandidaten mit viel Engagement und grosser politischer Erfahrung an. Zwei StadträtInnen der Jungen Grünen aus Bern und Biel auf der Hauptliste und eine attraktive gemeinsame Liste 9 der Jungen Grünen und Jungen Alternative JA! stehen ergänzend für Erneuerung und Aufbruch in der Grünen Bewegung.

Das Grüne Bündnis ist die grösste Sektion der Grünen Kanton Bern und mit sechs Kandidaturen auf der Liste der Grünen vertreten. Franziska Teuscher ist die dienstälteste Nationalrätin aus dem Kanton Bern mit einem beeindruckenden Leistungsausweis in ökologischen und sozialen Fragen. Regula Rytz hat sowohl als Grossrätin wie auch als Baudirektorin mit Sachverstand und zielgerichteter Arbeit überzeugt und gilt allgemein als Favoritin für die Nachfolge der zurücktretenden Nationalrätin Therese Frösch. Mit Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern, kandidiert ein ausgewiesener Finanzpolitiker und Gewerkschafter mit grosser Integrationskraft und viel Sinn für das politisch Machbare. Corinne Schärer ist eine führende Bildungspolitikerin im Grossen Rat mit einem Flair für Gleichstellungsfragen. Urs Frieden, souveräner Stadtratspräsident 2010, ist seit Jahren in Gesellschaftsfragen engagiert und hat namentlich in der Fanarbeit gegen Gewalt und Rassismus Pionierarbeit geleistet. Hasim Sancar hat sich als Migrationsexperte und mit grossem sozialem Engagement über Parteigrenzen hinaus Respekt verschafft.

Unsere Kandidaturen stehen für Themenvielfalt und Ganzheitlichkeit Grüner Politik. Sie unterstützen uns am besten, wenn Sie die Liste 8 unverändert einlegen oder darauf ihre FavoritInnen zweimal aufführen. Wählt «Echt Grün. Echt stark!»

Macht mit!

Sekretariat
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 12, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern,
Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Gruppe Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
http://www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Frauenpolitik
17. November, Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch

Ökologie
27. Oktober, Kontakt: fragroba@gmx.ch

Internationales und Migration
17. September, Kontakt: asancar@bluewin.ch

Wirtschaft
24. Oktober, Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch

Bildung
28. November, Kontakt: cor.schaerer@bluewin.ch

Leitender Ausschuss
26. Oktober, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna

Am Mi, 9. November, findet die nächste Mitgliederversammlung des Grünen Bündnis mit anschliessender interner Veranstaltung zum Thema «Brennpunkt Stadtentwicklung» statt. Informationen unter: www.gbbern.ch

Impressum:

Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Sabine Baumgartner, Luise Baumgartner, Natalie Imboden, Johannes Künzler, Nico Lutz, Hans Niklaus, Stéphanie Penher.
Fotos:
Herbert Schweizer, Béatrice Devènes, Monika Flückiger.
Gestaltung: transform.ch
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.5: 2. Oktober 2011.

Alec v. Graffenried

Ein Grüner Ständerat!

In den nächsten Jahren werden zahlreiche wichtige politische Weichenstellungen erfolgen: In der Energiepolitik (mit oder ohne Atom?), für die Weiterentwicklung unserer Sozialwerke (sozial oder neoliberal?), bei der Finanzierung unserer Verkehrsinfrastrukturen (Schiene oder Strasse?), in der Europapolitik (proaktiv oder reaktiv?) und der Neuausrichtung unserer Sicherheitspolitik (rückwärts- oder zukunftsgerichtet?).

In unserem Zweikammersystem werden diese Entscheide massgeblich auch im Ständerat getroffen, in dem die links-grünen Kräfte traditionell untervertreten sind. So wird der Kanton Bern zur Zeit von zwei rechtsbürgerlichen Oberländern im Ständerat vertreten.

Ich möchte mithelfen, dieses Missverhältnis zu korrigieren und damit die politischen Entscheide in die richtige Richtung zu lenken. Bei einer erfolgreichen Wahl in den Ständerat werde ich mich weiterhin für Grüne und soziale Anliegen einsetzen, um nachhaltige Lösungen für eine offene und demokratische Gesellschaft zu fördern.

Ich danke allen, die mich im Rennen um den ersten Grünen Berner Ständeratssitz unterstützen!